

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

28.6.1919 (No. 148)

die eine Besteuerung des gesamten Vermögens des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist, betrifft.

Der Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes, der nächsten zu erwähnen ist, weil die verschiedenen Abgaben, die jetzt vom Reiche, von den Bundesstaaten und Kommunen beim Grundstücksverkauf erhoben werden, vereinheitlichen. Es soll in Zukunft beim Eigentumsübergang die Grundbesitzsteuer des Reichs, und zwar in Höhe von 4 v. H. des gemeinen Wertes des Grundstücks erhoben werden, an der dann die gegenwärtigen Steuerläufiger verhältnismäßig beteiligt werden würden. Ferner ist vorgesehen eine einheitliche periodische Besteuerung gebundener Grundstücke oder von Grundstücken, die im Eigentum von Personvereinigungen usw. sich befinden (Besteuerung der „Toten Hand“), wenn 20 Jahre seit dem letzten steuerpflichtigen Besitzwechsel oder dem letztmaligen Eintritt der Steuerpflicht gemäß den Vorschriften des Entwurfs verstrichen sind. Die Steuer soll hier 2 v. H. betragen. Neben der Vereinheitlichung der Abgabe bringt der Entwurf dem Grundstücksbesitzer infolgedessen eine wichtige Erleichterung, als unter gewissen Voraussetzungen die Erwerber von Grundstücken, die gleichzeitig Hypothekengläubiger sind, steuerlich bevorzugt werden sollen.

Der Entwurf eines Tabaksteuergesetzes will eine einmalige Abgabe auf solches Grundeigentum legen, das sich in der Umgebung von Festungen befindet, bisher infolgedessen gewissen Beschränkungen unterworfen war, nunmehr aber, da eine baldige Beseitigung der Festungsanlagen in weitem Umfang wahrscheinlich ist, von den Beschränkungen befreit wird und somit einen unerwarteten Wertzuwachs erfährt. An diesem Wertzuwachs das Reich zu beteiligen, ist schon deshalb berechtigt, weil seinerzeit den Grundbesitzern nach dem Reichsgesetz vom 21. Dezember 1871 für die Beschränkungen ihres Eigentums volle Entschädigung in Kapital oder Rente zu gewährt war.

Im Entwurf eines Tabaksteuergesetzes wird eine Neugestaltung der Tabaksteuerung in der Richtung vorgeschlagen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihrem Kleinverkaufspreise abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Besteuerung des inländischen Rohabats soll beseitigt werden, wodurch die Herstellung der billigeren Zigaretten erleichtert wird, und vom ausländischen Rohabat soll unter Aufhebung des Verkaufspreises lediglich ein Gewichtszoll in der Höhe zur Erhebung gelangen, wie er zum Schutze des heimischen Tabakbaues notwendig ist. Die Verbrauchsabgaben für Zigaretten bewegen sich in 22 Abstufungen zwischen 8 Mark für 100 Stück und 500 Mark für 1000 Stück je nach der Höhe der Kleinverkaufspreise. Bei den Zigaretten soll der durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 eingeführte Kriegsaufschlag mit der Zigarettensteuer vereinigt werden und darüber hinaus eine weitere Abgabenerhöhung eintreten. Die Abgabefälle für Zigaretten bewegen sich in 11 Abstufungen zwischen 10 Mark für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 8 Pfennig das Stück) und 140 Mark für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 25 Pfennig das Stück). Nach dem jetzt gültigen Gesetze tritt der gegenwärtig höchste Steuerfuß (einschl. Kriegsaufschlag 40 Mark) bereits bei einem Preise von über 70 Mark für 1000 Stück ein; das ist angesichts der Preisentwicklung auf dem Zigarettenmarkt nicht mehr gerechtfertigt. Aber diese Angaben hinaus enthält der Entwurf eine ganze Reihe von Bestimmungen, die beweisen, daß die neuerlich notwendig gewordene Belastung der Tabakerzeugnisse mit den berechtigten Interessen der Tabakindustrie und des Handels in Abereinrichtung gebracht werden soll.

Auch eine Erhöhung der Zundersteuer wird notwendig. Sie soll statt 14 Mark in der Folge 30 Mark für 100 Kilogramm Reingewicht betragen. Das würde einer Erhöhung des Kleinverkaufspreises um 8 Pfennig für das Pfund gleichkommen — eine Belastung, die sehr gering ist, wenn man bedenkt, mit welchen Preissteigerungen während des Krieges leider gerechnet werden muß.

Auch die Belastung, die sich aus der geplanten Zundersteuer ergibt, kann nicht als unerträglich bezeichnet werden, zumal, wenn man in Betracht zieht, daß sich die Bevölkerung in Kriegsjahren für Zunderwaren mit weit höheren Preisen abgefunden hat, als sie einschließend der Steuer nach der Wiederkehr normaler Zeiten zu erwarten sind. Es soll nämlich die Steuer für Zunderholz und Zunderzacken verdoppelt werden, so daß z. B. für Schachteln mit 30 bis 60 Zunderzacken die Steuer 8 Pfennig für jede Schachtel, für Schachteln mit 20 oder weniger Zunderzacken 10 Pfennig für jede Schachtel beträgt. Außerdem werden zum Schutze der Zunderindustrie und des Ertrages der Zunderwarensteuer neu die Feuerzeuge zur Besteuerung herangezogen. Auch eine Erhöhung des Eingangszolls für vom Ausland eingeführte Zunderholz und Zunderzacken ist vorgesehen.

Der Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes sieht vor, daß alle von Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden erlassenen Vorschriften, nach denen eine Vergnügungssteuer erhoben wird, unwirksam werden. An deren Stelle soll die Reichsvergütungssteuer treten, von deren Ergebnis die Hälfte dem Reiche zufließen soll. Es werden von der Steuer alle Veranstaltungen getroffen werden, die den Zweck haben, zu unterhalten, zu erziehen, zu erbauen oder zu belehren, ausgenommen solche, die lediglich dem Unterricht in Unterrichtsanstalten dienen. Die Erhebung der Steuer erfolgt als Kartensteuer, wenn von den Teilnehmern der Veranstaltung Eintrittsgeld zu entrichten ist, als Kaufsteuer (nach dem Flächenraum), wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird.

Das Kartenspiel soll ebenfalls in Zukunft steuerlich höher belastet werden. Die jetzige Reichsstempelabgabe von 30 Pfennig bzw. 50 Pfennig für Spielkarten ist bereits seit dem Jahre 1878 in Kraft, hat also seit mehr als 40 Jahren keine Erhöhung erfahren. Die Steuer soll sich in der Folge für Kartenspiele von mehr als 24 bis einschließlich 48 Blättern auf 2 Mark belaufen; für Kartenspiele mit weniger Blättern bzw. mit mehr Blättern ermäßigt sich oder erhöht sich der Satz. Auch die vom Ausland eingeführten Spielkarten sind der Steuer unterworfen: sie werden überdies einen erhöhten Eingangszoll zu tragen haben.

Politische Neuigkeiten.

Der Kongress der englischen Arbeiterpartei für Revision des Gewaltfriedens.

Nach einer Reutermeldung aus Southampton wird in einer Entschließung der Arbeiterkonferenz, in der die rasche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die sofortige Revision der Bestimmungen des Friedensvertrages verlangt wird, die Arbeiterbewegung aufgefordert, im Einvernehmen mit der Internationale eine energische Aktion zu beginnen, um die Unterstützung der Völker für diesen Schritt zu gewinnen. In der Nachmittagsitzung hat die Konferenz die Frage der nationalen Geldmittel behandelt und sich für eine ausgiebige Abgabe von großen Vermögen zur Verminderung der Staatsschulden, zur Begründung einer Nationalbank durch die Regierung und für die Verstaatlichung der Produktionsmittel ausgesprochen. Renaudel (Franzose) erklärte, er hoffe, daß die englische Arbeiterpartei in einigen Jahren die Regierung werde übernehmen können. Der Friedensvertrag und der Völkerbund entsprächen nicht den Anforderungen und

Bestrebungen der arbeitenden Klassen Frankreichs und Englands. Sie müssen so abgeändert werden, daß sie eine Garantie für die Dauer des Friedens bilden. Es sei die Pflicht der Sozialisten, ungeschrien zu machen, was in Versailles schlecht gemacht worden sei. Der Versailler Friede sei kein Frieden und die Deutschen würden durch ihn in jeder Hinsicht den anderen Völkern gegenüber in Nachteile gestürzt. Augenblicklich seien alle Länder Europas voll von „Brennen“. Der Sekretär des französischen allgemeinen Arbeiterbundes, Jouhaux, sagte: Der Friedensvertrag ist das Gegenteil von dem, worauf die Völker hofften und was die Regierungen versprochen haben. Er kann leicht zu einem neuen Kriege führen.

Die Friedenskommission der französischen Kammer.

Die parlamentarische Kammergruppe bestimmte vorgestern ihre Kandidaten für die Friedenskommission, die etwa 60 Mitglieder zählen wird. Die Kommission besteht aus weitgehenden Entschädigungen und wird verlangen, Deutschland nicht vor dem Tage in den Völkerbund aufzunehmen, an dem es nicht volle Garantien leisten kann, daß es den Frieden nicht mehr stören werde. Die größere Mehrheit der Friedenskommission wird der Ratifizierung des Vertrages zustimmen.

Flucht des deutschen Kronprinzen?

In den englischen Kreisen der Friedensdelegation geht lt. Ag. Omas das Gerücht, daß der ehemalige deutsche Kronprinz aus Holland entflohen sei. In Paris ist eine Bestätigung noch nicht eingetroffen.

Ein Gesetz über eine große Vermögensabgabe.

Die „Vorzeitung“ ist in der Lage, die Nachricht zu bestätigen, daß eine Vorlage über eine große Vermögensabgabe in Vorbereitung ist. Die Arbeiten sind bereits soweit vorgeschritten, daß diese bedeutungsvolle Steuerentwurf noch im Laufe der nächsten Woche das Reichskabinett beschließen und wahrscheinlich noch vor Ferienbeginn der Nationalversammlung eingebracht werden wird. Die Vermögensabgabe soll einen Betrag von 70 bis 90 Milliarden Mark erbringen. Der Prozentsatz wird daher nicht unerheblich sein.

Hamburg in der Hand der Regierungstruppen.

Der Hamburger Spartakistenputsch ist niedergeworfen. Die „Rad. Fr.“ meldet darüber unterm 27.: In den frühen Morgenstunden haben sich die Regierungstruppen der Stadt Hamburg bemächtigt. Infanterie und Artillerie sind in Hamburg eingezogen. Soweit bis 8 Uhr früh Meldungen vorliegen, ist es zu irgend welchen Zusammenstößen nicht gekommen. Die bewaffneten Arbeiter werden aufgefordert, bis heute abend 9 Uhr die Waffen abzuliefern, andernfalls wird nach dem Standrecht verfahren. Die militärischen Operationen in Hamburg leitete Generalleutnant Wengelsier. Um 9 Uhr vormittags haben Regierungstruppen den Hafen besetzt und die im Hafen liegenden Lebensmittelschiffe und Vorräte unter militärischen Schutz genommen. Generalleutnant Wengelsier hat auf Grund der ihm von der Reichsregierung erteilten Vollmachten die Bestrafung der Vorstände der Arbeiterräte, soweit sie an der gewalttätigen Übernahme der Regierungsgewalt in Hamburg mitgewirkt haben, angeordnet.

Auf Befehl des kommandierenden Generals wurde über das Gebiet von Groß-Hamburg und Umgebung der Belagerungszustand verhängt. Die vollziehende Gewalt geht damit auf den militärischen Befehlshaber über.

Die Streikbewegung in Preussen.

Die „Neue Berliner 12-Uhr-Mittagszeitung“ meldet: Der Eisenbahnerstreik in Berlin erklärt. Es streiken 20 000 Mann. Der Streik hat sowohl eine politische, wie auch wirtschaftliche Tendenz.

Dem M.L.B. zufolge wurde am Freitag 2 1/2 Uhr morgens auf das Gebäude des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in Berlin, wo seit gestern nachmittag bis in die späten Abendstunden Einigungsverhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern stattfanden, ein Attentat begangen. Nachdem vier Gewehrschüsse abgefeuert waren, waren unbekannte Täter eine Bombe gegen das Gebäude, wodurch in den Ministerien und in den angrenzenden Gebäuden etwa 200 Fenster scheiben in Trümmer gingen.

Der am Freitag in Berlin zusammengetretene ordentliche Bundestag des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter erklärt, daß die im Gewerkschaftsbund organisierten Eisenbahnbeamten dem jetzigen wilden Streik fernstehen. Er billigt diesen Streik nicht, weil er nicht von der Organisation ausgeht. Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten hat bereits vor diesem Streik und unabhängig von demselben seine Forderungen auf sofortige Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage, auf Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen und auf Verringerung der Teuerungsbeträge von 3 auf 2 erhoben. Er wird diese Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln betreiben. Der Gewerkschaftsbund erwartet daher, daß alle Kollegen sich der Gewerkschaftsaktion fügen und zunächst den Ausgang der vom Bund geführten Verhandlungen abwarten. Es wird ferner erwartet, daß alle streikenden Kollegen den Dienst sofort wieder aufnehmen. Die Eisenbahnbeamtenschaft lehnt es grundsätzlich ab, sich politisch mißbrauchen zu lassen. Insbesondere hält sie daher einen Streik im gegenwärtigen Augenblick für ungewinnlich.

Die Ausschreitungen in Landsberg a. d. W.

Aus Landsberg a. d. W. meldet das M.L.B. vom 27.: Nachdem gestern nachmittag den Plünderungen im Probiarant durch Eingreifen einer größeren Abteilung des Feldartillerie Regiments Nr. 54 ein Ende gemacht worden war, dauerte die Erregung im Laufe des Tages an. Aus einem Zigarettengeschäft wurden von halbwildigen Wurschen am hellen Tage Waren im Werte von 1000 M. gestohlen. Es wurde zur Bildung einer Einwohnerwehr geschritten, an der sich außer Turnern und Schützen auch die organisierte Arbeiterschaft, Mehrheitssozialisten und Unabhängige beteiligten. Die Einwohnerwehr wurde im Laufe des Nachmittags mit Waffen versehen und bezog Posten am Rathaus, am Zeughaus und vor den öffentlichen Gebäuden. Im Laufe des Abends kam es zu Tumulten auf dem Marktplatz, die in Schießereien ausarteten. Ein Mitglied der Einwohnerwehr wurde erschossen, andere wurden verletzt. Später wurde ein großes Konfektionsgeschäft vollständig ausgeplündert und die Ladeneinrichtung demoliert. Die Erregung in Landsberg ist ungeheuer.

Ende des ober-schlesischen Generalstreiks.

Aber die Streiklage in Oberschlesien ist zu berichten, daß sämtliche ober-schlesische Gruben vorläufig in den Generalstreik

getreten waren; daß aber gestern überall die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Nur noch 20% der Belegschaft des „Heinrich Glück“-Grube ist im Ausstand.

Regierungswechsel in Ungarn.

Das „Neue Wiener Tagebl.“ erfährt aus Budapest von besonderer Seite zu den Veränderungen in der Ministerregierung: Im Laufe des Rätekongresses erklärte der sozialistische Führer, daß ein gründlicher Regimewechsel unvermeidlich sei. Kunsz, der seinerzeit Graf Karolyi veranlaßt hatte, den Kommunisten freiwillig die Macht zu übergeben, erklärte in einer vertraulichen Sitzung, falls Deutschland den Frieden unterzeichne, sei es ausgeschlossen, daß der Bolschewismus dorthin verpflanzt werde. Der Volksbeauftragte für Ernährungsfragen trat zurück, da er die Verantwortung für die Ernährungspolitik der Räteregierung, die vor dem Bankrott stehe, nicht weiter übernehmen könne. Der Volksbeauftragte für das Finanzwesen legte sein Amt nieder, weil er nicht länger ruhig zusehen könne, wie Staatsgelder unterschlagen und zu Agitationszwecken verwendet würden.

Bolschewistenunruhen in Italien.

Der „Avanti“ meldet: Die Regierung verhängte über die Provinz Padua den Belagerungszustand. Die bolschewistischen Ausschreitungen der Bauern dauern fort. 10 000 Mann sind zur Wiederherstellung der Ruhe nach dem Distrikt von Padua abgegangen. Die Polizei ist gegen die Auftrichter machtlos. In Piacenza und anderen oberitalienischen Städten herrscht Unruhe.

Soldatenmeutereien in England.

In Jurech Camp in England meuterten nach einer Saasger L.L.-Meldung, 4000 Mann. 400 Soldaten wurden von 2 dazu bestimmten Bataillonen verhaftet und 800 Mann wurden zwangsweise aus dem Lager fortgebracht. Schon vor 10 Tagen hatten die jetzt meuternden Soldaten einen Soldatenrat gebildet. Angeblich gehen die Unruhen lediglich vom früheren Munitionsarbeiter aus, die jetzt eingezogen sind, um die in Frankreich stehenden belgischen Soldaten zu ersetzen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 27. Juni.

In der Nachmittagsitzung beantwortete Unterrichtsminister Hummel die Interpellation Dr. Königsberger über die Unversitätsreform. Er begründete eine Mitwirkung der Volkvertretung bei der Unversitätsreform. Bei der Frage müsse man den Sach vorantstellen: Die Unversitäten in Deutschland sind ein Glanzpunkt des deutschen Geisteslebens, um den uns das Ausland beneidet. Die Regierung werde tun, was ihr möglich ist, um auch Unbemittelten das Hochschulstudium zu ermöglichen. Die Kollegialfrage wird in kurzer Zeit befriedigend gelöst werden. Die Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums sei aber unter seiner Zustimmung abgelehnt worden. Seit 1900 seien 16 Millionen Mark für unsere Hochschulen gestiftet worden. Den Studenten soll eine größere Anzahl von Stipendien im Rahmen der Selbstverwaltung zugestanden werden. Wegen seiner Zugehörigkeit zu einer besondern Schule oder Weltanschauung soll niemand von der Habilitation ferngehalten werden. Auf Wunsch der Hochschulen ist schon im März für Heidelberg und Freiburg ein neues Statut erlassen worden; für Karlsruhe wird dies in Kürze geschehen. Wir werden nicht alle Weltanschauungen berücksichtigen können bei der Berufung von Professoren, wie das die Sozialdemokratie will. Wir haben auf unseren Hochschulen zu viel Spezialisierung. Wir brauchen mehr Synthese.

In der Besprechung der Interpellation wendet sich Abg. Gothein (Dem.) ebenfalls gegen die Spezialisierung. Zwischen Studenten und Dozenten herrschte ein Vertrauensverhältnis. In der Wissenschaft muß Konkurrenz sein; da gibt es keine Spezialisierung des Geistes. Für den Habilitierten gibt es kein Recht auf Anstellung. Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit dürfen nicht ausschließen, sie geben aber auch keinen Anspruch. Redner wendet sich gegen eine frühere Äußerung des Abg. Willemann und wirft ihm vor, er habe seine Lehren beschönigt. Dafür wird er vom Vizepräsidenten gerügt.

Abg. Dr. Schofer (Zt.) stellt nach dem stenogramm fest, was Willemann j. Zt. gesagt; es sei etwas anderes, als was Gothein ihn sagen ließ. Bei den Volkshochschulen müsse man das Volk, seine Ideale und seine Sprache kennen. Es habe ihn gefreut, daß der Minister an Stelle des Quantitätsprinzips das Qualitätsprinzip gesetzt wissen wollte. Die Religion darf keine Rolle spielen bei der Ablehnung eines Professors. Dieser Geist müsse über die Grenzen gesetzt werden. Wir werden ihm zu Liebe gehen, wo wir ihn antreffen, und wenn nötig, das Unversitätsbudget ablehnen. Wir verlangen größere Klarheit im Hochschulbudget.

In einer persönlichen Bemerkung bedauert Abg. Gothein seine Entgleisung.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

* Badische Wochenrückblicke.

(Der Osterfriede und Baden. — Neue Aufgaben für die Gemeinden. — Preiswucher und Unruhe auf den Märkten. — Ein badisches Mittelstandsjanuarum.)

Der 22. Juli 1919, an dem die deutsche Nationalversammlung unter der Würde der schwersten Verantwortung, die je ein Parlament zu tragen hatte, die neue Regierung ermächtigte, den Osterfriede von Versailles zu unterschreiben, war für unser Vaterland ein doppelt harter Schicksalstag. Wesseltete er doch zugleich die Abtrennung eines Stücks unseres eigenen wirtschaftlich wichtigen Gebietes und die Auslieferung eines in seiner weit überwiegenden Mehrheit treu zum Vaterland stehenden Volksteils auf eine Reihe von Jahren hinaus. Die einzige Hoffnung, die wir derzeit hegen dürfen, beruht darauf, daß in Kürze durch die bevorstehende Vereinbarung über die Handhabung des Befehlswortrechts die Lage der getreuen Hanauer Bevölkerung erleichtert, ihr freier Vertreter mit dem Deutschen Reiche zugestanden und so der Weg zu ihrem Heimatlande und Volk wieder geöffnet wird. Die Versicherung des Staatsministeriums: „Wir stehen unentwegt zu diesen am härtesten betroffenen unserer Bürger“ mag dem vom Feind verwegentlichsten Hanauer Volke die Gewißheit geben, daß von der Heimat aus alles getan werden wird, was geeignet sein kann, sein schweres Los zu erleichtern. Wie notwendig das sein wird, das ließ sich in diesen Tagen bereits an den Vorgängen in Reich erkennen, wo eine Anzahl von Beamten von den französischen Machthabern verhaftet wurden, weil sie ihrer Amtspflicht gegen den Hochverräter Compa nachgekommen waren. In Würzburg, vom Sämerze der Stunde getragenen Worten hat die badische Regierung dem Volke ihre Stellung zu dem erzwungenen Gewaltfrieden dargelegt, den

se mit Recht als einen unerhörten Verstoß gegen die Gedanken der Völkerverständigung, des Rechts und gegen das Wilson-Programm bezeichnet. Und der Landtag hat in einer denkwürdigen Sitzung ihrer Kundgebung zugestimmt und durch den Mund seines Präsidenten erklärt, daß er sich nach der vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärung einmütig hinter die Reichsregierung und auch hinter die badische Regierung stellen werden. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß das ganze badische Land diese Meinung teilt.

Mit der Unterschrift, die unsere Delegierten heute in Versailles unter das schändlichste Dokument setzen werden, das je geschrieben wurde, wird das inhaltsreichste Kapitel deutscher Geschichte abgeschlossen sein. Jetzt heißt es nicht mehr nach rückwärts blicken, sondern vorwärts in die Zukunft schauen. Die Besorgnis vor einem feindlichen Einmarsch, die gerade in unserem Grenzland lähmend auf jedermanns Schultern lag, ist behoben. So treten die großen inneren Aufgaben, die ihrer baldigen Lösung harren, wieder in den Vordergrund. Welche großen Anforderungen diese Aufgaben an Staat und Kommunen stellen werden, zeigt u. a. der neue Nachtrag zum Staatsvoranschlag, der dem Landtag in dieser Woche zugeht und der sehr erhebliche Beihilfen des Staats für gemeindliche Unternehmungen vorsieht. So werden u. a. 400 000 M. verlangt als Staatsunterstützung für die Kreisstraßen und Gemeindewege. Eine halbe Million Mark wird angefordert für Beihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausführung von Entwässerungsanlagen und Kulturunternehmungen. Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues will der Staat Beiträge von insgesamt 1 Million Mark und als Beihilfe zum Aufwand für Erwerbslostenfürsorge 12 Millionen Mark leisten. Zur Gewährung von Baukostenzuschüssen sind 4,8 Millionen in den Nachtrag eingestellt. Alles das sind gewaltige Summen, deren Ausbringung sich aber schwerlich wird umgehen lassen. Sie sollen uns erneut dazu mahnen, mehr als je an positive, Werte schaffende Arbeit zu denken.

Leider scheinen sich manche Kreise unseres Volkes noch immer nicht über den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage klar zu sein. Es wäre sonst undenkbar, daß in unseren Städten immer wieder Ereignisse eintreten, die einen inneren Neuaufbau erschweren. Es soll hier nicht auf die politische Seite der tiefbedauerlichen blutigen Mannheimer Ereignisse, die schon an anderer Stelle unseres Blattes besprochen wurden, eingegangen werden, doch möchten wir im Interesse des Volksganzen auch mit diesen Zeilen an die Besonnenheit und Einsicht aller appellieren, die es an der Hand haben, zur Vermeidung von Beunruhigung und Aufregung der Öffentlichkeit beizutragen. Wie leicht unangenehme Preisfestsetzungen und Preisübersteigerungen den Anstoß oder den Vorwand für solche Beunruhigung der Massen geben können, dafür boten die Mannheimer Vorgänge ein lehrreiches Beispiel. Es ist daher zu begrüßen, daß die Volkswahren auch in Karlsruhe und Heidelberg in diesen Tagen mit Entschiedenheit gegen den Preiswucher auf den Märkten vorgehen. Als verfehlt aber muß es bezeichnet werden, wenn, wie es in Karlsruhe geschehen ist, daraufhin eine Markt- und Ladenvorvereinbarung den Markt einfach boykottiert und die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit von der Erfüllung gewisser an die Regierung gestellter Forderungen abhängig macht. Vielfach mögen freilich die wahren Ursachen der Wucherpreise nicht nur in Händlerkreisen, sondern auch in den Kreisen der Produzenten zu finden sein. Auch diese sollten sich vor Augen halten, daß das Streben zu keinem guten Ende führen kann. Auf jeden Fall beweist der Wucher, der mit den freigegebenen Waren betrieben wird, wie gut die Regierung daran tut, vorsichtig an der Zwangsbesetzung der wichtigsten Lebensmittel festzuhalten.

Der dieser Tage zusammentretenden Kreisversammlung in Mannheim ist ein Antrag zugegangen, der einen Verpflegungszuschuß für Kranke vorsieht, die aus dem Kreise Mannheim einem demnächst zu errichtenden Sanatorium für den geistig arbeitenden Mittelstand zugewiesen werden. Bei der Schaffung dieser Anstalt handelt es sich um ein Unternehmen von großer Bedeutung für Teile unseres Volkes, die sich bislang besonderer sozialer Fürsorgemaßnahmen nicht erfreuen dürfen und die in diesen Tagen der wirtschaftlichen Umwälzung vielfach in eine außerordentlich bedrängte Lage geraten sind. Die Anregung dazu geht auf eine Eingabe des Badischen Landesauschusses für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik an den Vorort Offenburg der badischen Kreise zurück. In dieser war unter anderem darauf, daß der geistig arbeitende Mittelstand schon vor dem Kriege von der Hand zum Grunde liege, so daß namentlich in linderreichen Familien kaum Rücklagen für die Zeiten der Not gemacht werden konnten und oft ein Krankheitsfall genügt, um das wirtschaftliche Gleichgewicht zu erschüttern, die Errichtung eines Mittelstandsanatoriums für nichtanständige Kranke vorzuschlagen. Danach ist zu verstehen ein Klinisch eingerichtetes und arbeitsfähiges Krankenhaus für chronisch Innerlich-kranke aller Art — Lungenerkrankungen mit Ausnahme von Tuberkulosen, Herz-, Nieren-, Magen-, Darm-, Stoffwechsell-kranke usw. — Schon im vorigen Jahre war der Gedanke erzo-gen worden, einen Appell an die öffentlich-rechtlichen Verbände und die Vertretungen der berührten Berufsstände sowie an demittelte Wohlthäter zu richten, um einen Fonds zur Errichtung zunächst einer geeigneten größeren Anstalt zu gründen, für die der Kreis Mosbach eventuell ein geeignetes Gelände innerhalb seines Gebietes unter günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt hätte. Der Zukunft wäre es dann zu überlassen gewesen, ob nicht im Hinblick auf die geographische Gestalt des Landes eine zweite Anstalt im Oberlande anzustreben sein würde. Diesen Gedanken zu verwirklichen, bietet sich jetzt Gelegenheit, und zwar ist das ehemals als Sanatorium errichtete, zuletzt als Offizierslazarett betriebene Hotel Bellevue oberhalb des Heidelberger Schlosses dafür in Aussicht genommen, das Raum für 90 Kranke bieten würde. Zur Durchführung eines Klinischen Betriebes sind unerhebliche Veränderungen und Anschaffungen nötig, die mit den Renovierungsarbeiten vereinigt werden können, welche unerlässlich erscheinen. Von besonderer Bedeutung ist es aber, daß auch für die ärztliche Versorgung der Anstalt eine ungewöhnlich günstige Aussicht sich eröffnet. Professor Fränkel in Heidelberg wäre bereit, mit seinen Schülern die ärztliche Leitung des Krankenhauses zu übernehmen und würde diese nicht nur auf ärztlich-wissenschaftlich-Verorgung der Kranken, sondern auch gegebenenfalls auf die soziale Fürsorge der zu Entlassenden ausdehnen. In den Aufnahmebereich fallen nach seiner Ansicht vom ärztlichen Gesichtspunkte aus alle Innerlich-Chronisch-Kranke mit Ausnahme von Tuberkulosen. Namentlich ist dabei auch an Schwer-Herzkrankte gedacht, denen die fränkelsche intravenöse Strophantins-Therapie zugute kommen sollte, die bis jetzt erst in Kliniken und Krankenhäusern durchgeführt wird und die im übrigen im wesentlichen nur Wohlhabenden möglich war. Nach zuverlässiger Kostenberechnung würde, unter Berücksichtigung der von den Organisationen der berührten Berufe zu erlangenden Beiträge der Verpflegungsbeitrag auf rund 8 M. zu stehen kommen. Da es nicht erwünscht scheint, den von den Kranken zu errichtenden Verpflegungsbeitrag höher als auf

8 Mark anzusetzen, sollen die Kreise den Restzuschuß von 2 Mark pro Kopf und Tag leisten. Der Kreisauschuss Mannheim hat sich vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kreisversammlung, unter der Voraussetzung, daß das Arzte-honorar in dem Verpflegungsbeitrag einbezogen ist, bereits dazu bereit erklärt. Wir begrüßen diesen Entschluß und hoffen, daß auch die übrigen in Betracht kommenden Kreise sich in gleicher Weise an dem sozialhygienisch hochbedeutsamen Werke beteiligen.

Die völkerrechtswidrigen Übergriffe der Franzosen im Brückenkopf Kebl

Scheinen sich fortzusetzen. Bekanntlich haben die Franzosen drei richterliche Beamte in Kebl verhaften lassen, die die Verhaftung des Hochverräters Hompe in Regelsfurt betrieben. Es sollen nämlich neuerdings zwei Gendarmen in Kebl ebenfalls von den Franzosen festgenommen worden sein. Offenbar besteht die Absicht, den Treiber der hochverräterischen Kreise im Kebl Brückenkopf dadurch freie Bahn zu schaffen, daß das vom ganzen deutschen Volk geforderte Vorgehen gegen die Hochverräter durch Inhaftierung der damit befaßten Justizorgane lahmgelegt wird. Die Entrüstung über das völkerrechtswidrige Verhalten der Franzosen ist allgemein; die badische Bevölkerung insbesondere unterstützt lebhaft die Bitte der badischen Regierung an die Reichsstellen, gegen die Übergriffe energisch zu protestieren und die Entlassung der Beamten herbeizuführen.

Eine französische Siegesfeier im Hanauerland.

oc. Nach der deutschen Annahme des Friedens gaben die Franzosen im Hanauerland, wie aus Griesheim berichtet wird, den Befehl, die Häuser auszusuchen. Das „Offenb. Tagbl.“ berichtet dazu, daß in Griesheim viele Einwohner es ablehnten, die französische Siegesfeier mitzumachen.

Polizei als reine Gemeindeeinrichtung.

* Man schreibt uns: Zu den Forderungen, die erhoben worden sind zur Neugestaltung der Verhältnisse, gehört das Verlangen nach reiner Durchführung der Polizei als Gemeindeeinrichtung an Stelle der teilweise noch bestehenden Staatspolizei. Vor den schwerwiegenden Ereignissen der letzten Zeit ist die Angelegenheit zunächst wieder in den Hintergrund getreten; sie wird aber zu gegebener Zeit sicherlich wieder in den Brennpunkt des Meinungsausstausches gerückt werden. Vielleicht empfiehlt es sich aber, gerade jetzt einige grundsätzliche Bemerkungen hierzu zu machen.

Auf den ersten Blick hat die erhobene Forderung zweifellos etwas Befriedigendes. Sie scheint unreigen Ausfluß demokratischer Empfindens zu sein. Bei näherem Zusehen wird indes diese Annahme nicht haltbar sein können. Soweit der Gedanke praktisch durchgeführt ist, lassen sich gewisse Nachteile nicht übersehen. Wohin die Sammelierung der Staatsgewalt zugunsten der Gemeinden führen könnte, haben allerlei Vorfälle der jüngsten Zeit auch bei uns in Baden gezeigt. Sind dies zwar nur vorübergehende Erscheinungen, begünstigt durch Lockerung des Empfindens für Ordnung und Gemeinwohl, lassen sie immerhin in weitem Ausmaß erkennen, welche Ausläufer Erschütterungen des Staatsgedankens auch in dieser Hinsicht zu nehmen vermögen. Aus diesen Begleiterscheinungen außerordentlicher Verhältnisse ergibt sich klar, daß die Forderung einer reiflosen Abgabe der Polizei vom Staat an die Gemeinden eine demokratische Forderung überhaupt nicht ist. Sie dient letzten Endes nicht dem Volksgesamtwohl. Sie trägt den Keim in sich des Kampfes aller gegen alle, wobei an die Stelle des Einzelmenschen die Einzelgemeinde zu treten käme. Soviel zum Wesen der Frage unter dem Gesichtswinkel der Demokratie.

Verfälscht wird die Gemeindepolizei im Gemeindeoberhaupt. Gerade diese Verkörperung der aufgeworfenen Frage nach der praktischen Seite hin hat in manchen Vorgängen eben der letzten Zeit die Nachteile in Erscheinung treten lassen, die einer reiflosen Entäußerung der Staatspolizei zugunsten der Gemeinden anhaften müßten. Der oberste Polizeibeamte der Gemeinde ist kraft der Verhältnisse abhängig von seinen Wählern. Gerade dann, wenn es gilt, Anordnungen des Staats durchzuführen, die im gegebenen Zeitpunkt, nicht etwa den wirklichen Gemeindefürsorge, aber den augenblicklichen Wünschen der maßgebenden Gemeindefürsorge unendlich sind, türmen sich die Schwierigkeiten für den Inhaber der Gemeindepolizeigewalt; sie türmen sich umso höher, je näher der Zeitpunkt seiner Neuwahl herangerückt ist. Es wird natürlich immer von der sittlichen Betanlagung des Einzelnen abhängen, wie er sich mit diesen Schwierigkeiten abfindet. Die praktische Auswirkung solcher Schwierigkeiten werden für den Beschauer wohl mancherorts erkennbar gewesen sein. Entspricht ein Staatspolizeibeamter den berechtigten Anforderungen der Bevölkerung nicht, ist die der Gesamtheit verantwortliche Staatsgewalt in der Lage, alsbald Ocktoberänderung eintreten zu lassen.

Jedenfalls kann, solange man sich in Baden nicht entschließen will, nach württembergischem Vorbild in der Bürgermeisterversammlung die Lebenslangigkeit zu übernehmen, die reine Gemeindepolizei als Fortschritt wohl kaum angesehen werden. Die Nachteile jedoch, die im übrigen einer Wahl auf Lebensdauer, gerade auch in bewegten Zeiten anhaften können, ergeben sich ohne weiteres aus den vorhergegangenen Ausführungen.

Ähnliche Erwägungen liegen sich anstellen, wenn man die Vor- und Nachteile abwägt, die sich bei Ernennung oder bei Wahl der Bezirksverwaltungsbeamten.

Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte.

* In das Gewerbeaufsichtsamt ist die Einstellung von drei weiteren Aufsichtsbeamten geplant; diese sollen dem Arbeiterstande entnommen werden, die das schon bestehende in der Landtag gemüßigt und auch von den Gewerkschaften ausgesprochen worden ist. Zunächst kommen ein Arbeiter aus dem Baugewerbe zur Ergänzung des Bauarbeiterausschusses und zwei Arbeiter für Revisionen vorwiegend im Kleinergewerbe in Frage.

Vereinigung der staatlichen Sammlungen in Karlsruhe.

* Die Regierung beabsichtigt, die in Karlsruhe untergeordneten Sammlungen des Staates in einer Landesbibliothek in dem früheren Groß-Schloß zu vereinigen. Im Nachtrag zum Staatsvoranschlag sind hierfür 100 000 Mark vorgesehen. Es handelt sich vor allem um die Sammlungen für Altertum- und Völkertunde, die bisher im sogenannten Sammlungsgebäude untergebracht sind, und um die Sammlungen im Kunstgewerbemuseum. Das Sammlungsgebäude soll für die Ausdehnung der Landesbibliothek dann ganz in Anspruch genommen werden.

Die Opfer der Mannheimer Unruhen

oc. Im Laufe des Donnerstags wurden 18 bei den Unruhen vom Samstag ums Leben gekommenen Opfern zu Grabe getragen. Die Bestattungen erfolgten einzeln, die Gräber wurden jeweils von den Geistlichen des betreffenden Wohnbezirks gehalten. Die Beteiligung an den Beerdigungsfeierlichkeiten war überaus stark, die Teilnehmer waren sehr bewegt und ehrten die Ruhe des Friedhofes. Ohne daß Abwehrmaßnahmen getroffen waren, verlief alles ruhig. Die dem 17. Jännerlichen Glauben Angehörigen waren tags zuvor bestattet worden.

Neue Terrorisierungsversuche in Mannheim.

oc. Nachdem die Einigungsarbeit des Aktionsausschusses als gescheitert betrachtet werden kann, jetzt nach der „Volkstimme“ der Parteikampf in den Betrieben in verstärktem Maße wieder ein. So verlangen neuerdings die Unabhängigen in der Firma Benz u. Cie. von den Mehrheitssozialisten die Abwendung von der Politik der Mehrheitspartei, widrigenfalls man sie als Mitglieder einer „gelben“ Organisation betrachten und mit ihnen offenen Krieg beginnen werde. Der „Volkstimme“ erscheint es sehr unwahrscheinlich, daß sich die Mehrheit der Benz-Arbeiter auf diesen Standpunkt stellen wird. Gegenüber dem neuesten angeführten Terror haben die Vertrauensleute der sozialistischen Mehrheitspartei einen Beschluß gefaßt, in dem erklärt wird, daß sie auf dem Boden des Erfurter Programms stehen und die Verhandlung politischer Fragen innerhalb des Betriebs ablehnen.

Missglückter Anschlag der Lörracher Unabhängigen gegen Scheidemann.

* Der „Oberländer Bot“ in Lörrach meldet: Ministerpräsident a. D. Scheidemann sollte bei seiner Ausreise in die Schweiz von den Führern der hiesigen Unabhängigen Sozialdemokraten verhaftet werden, unter der Anschuldigung, sich den Folgen seiner Politik durch Flucht entziehen zu wollen. Die Grenzwaache bereitete jedoch die Bekanntheit und ließ Scheidemann passieren.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Heidelberg, 28. Juni Die hiesige Klinikerversammlung hat die Kandidaten der Medizin Heibelmann, Bruder des berühmten Rechtsanwalts Dr. Heibelmann aus Landau, aus ihren Reihen auszusuchen, weil er sich für die Bildung einer selbständigen Republik Pfalz unter Loslösung von Deutschland ausgesprochen und damit Hochverrat getrieben hat.

oc. Tauberbischofsheim, 28. Juni. Die im hiesigen Bezirk vorgenommene freiwillige Kartoffelersammlung hatte ein Ergebnis von nahezu 700 Zentnern.

oc. Donaueschingen, 28. Juni. Nachdem Bürgermeister Schön nicht mehr wiedergewählt worden ist, wird die hiesige Bürgermeisterstelle ausgeschieden werden.

Badische Zeitungsstimmen.

Neue schwere Opfer für die badischen Steuerzahler! Dem „Heidelberger Tageblatt“ wird von seinem „Karlsruher Mitarbeiter“ geschrieben: Wir dürfen den Beamten, Bediensteten und Lehrern die Freude darüber gönnen, daß die Ausgleichszulage, die von der Regierung dem Parlament zur Annahme vorgelegt wurde, ihnen endlich den wirtschaftlichen Rückhalt gewährt, den sie brauchen, um existieren zu können. Wird doch bei Abzug der bisherigen Steuerzulagen, die ja fünfzig Jahren fortfallen sollen, eine Aufbesserung in Kraft treten, die etwa 2200—3000 Mark im Jahre beträgt. Das ist eine Summe, die allen Beamten und Lehrern eine auskömmliche Lebenshaltung zu ermöglichen vermag. Und zudem soll die Ausgleichszulage mit rückwirkender Kraft vom 1. März d. J. ab ausgestattet werden. Im ganzen wird die Zulage, wie schon mitgeteilt, eine Aufwendung von 68,8 Millionen Mark nötig machen. Wo aber soll der Staat diese Summe und die im 5. Nachtragsetat sonst noch vorgesehenen Beträge in Höhe von etwa 22 Millionen Mark hernehmen? So gibt es nur eine Deduktionsmöglichkeit, falls man nicht die Pumpwirtschaft bis ins Phantastische vergrößern will: die Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer. Die Regierung war sich dessen von vornherein bewußt, daß sie um eine solche Erhöhung nicht herumkommen würde; und sie war sich ferner darüber klar, daß die Erhöhung so sein müsse, daß sie dem Staat mindestens 100 Millionen Mark erübrigt. Eine Steuererhöhung in entsprechender Höhe hat denn auch der Finanzminister bereits angekündigt. Diese Ankündigung wird bei den erwerbenden Schichten unseres Volkes aber sicher nur wenig Freude auslösen. Wer nicht gerade als Kriegsgewinnler oder Kriegslieferant Bombengeschäfte gemacht und sich ein großes Vermögen zugelegt hat, der wird von dieser Erhöhung der Steuer schwer betroffen werden. Industrie, Handel und Gewerbe werden es wieder sein, die mit in erster Linie die Steuer aufbringen müssen. Dabei ist aber die Lage für den großen, aber wohl besonders für den mittleren und kleineren Unternehmer allgemein bedauerlich geworden, daß er vielfach geradezu vor dem Ruin steht. Die Regierung hat die Pflicht, jetzt, nachdem sie nun auch den Beamten geholfen hat, sich des erwerbenden Mittelstandes in planmäßiger und großzügiger Weise anzunehmen. Sonst werden wir hier einen Zusammenbruch erleben, der unseren gesamten Wirtschafts-körper aufs schwerste schädigen müßte.

Aus der Landeshauptstadt.

* Die Boykottierung des Wochenmarktes durch die hiesigen Markt- und Ladeninhabervereinigungen ist wieder aufgehoben worden. Gestern vormittag war die gewählte Kommission bei Minister Remmele vorstellig geworden und trug die Wünsche und Beschwerden der Händler und der Flog vor. Der Minister gab H. „B.“ nach etwa halbstündiger eingehender Aussprache befriedigende Erklärungen und erlaubte die Kommission den Verkauf von Gemüse und Obst wieder aufzunehmen. Darnach wurde beschlossen, die Wochenmärkte wieder zu besuchen und die Verkaufsläden wie vorher offen zu halten. Die Zufuhr nach dem Wochenmarkt war denn auch heute vormittag wenn auch schüchtern, so doch immerhin leidlich befriedigend.

Kantheater. Zum ersten Male wird in Karlsruhe die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger für ihre Aufführung des „Trompeter von Säckingen“ am Montag, den 30. Juni soll dem genannten Zwecke dienen. Die Rassen der Bühnengenossenschaft sind durch die Familien der zahlreichen Kriegsgesallenen, durch die hundert und aberhundert Kriegsverletzten ihrer Erschöpfung nahe und bedürfen dringend der Auffüllung. Die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger umfaßt zurzeit zirka 15 000 Mitglieder der Deutschen Bühne; sämtliche Kunstkategorien sind in ihr vertreten und auch Angehörige des Bühnenarbeiterstandes. Das Ergebnis kommt also weitesten Kreisen zugute.

Schüleraufnahme

in d. Privat-Handelslehranstalt und Töchter-Handelsschule „Merkur“
Karlsruhe, Karlstraße 13, nächst dem Moninger.
Gewissenhafte Ausbildung von Damen und Herren für den kaufmännischen Beruf.

Am 1. Juli beginnen neue Kurse

Damenkurse — Herrenkurse

Unterrichtsfächer: Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschr. (40 Masch. verschiedener Systeme), Buchführung (einfach, doppelt, amerikanisch), Rundschrift, kaufmännisches Rechnen, Konto-Korrent-Lehre, Effektenkunde, Wechsel- und Scheckkunde, Korrespondenz und Kontorarbeiten usw.

Vollständige Ausbildung für den kaufmännischen Beruf.

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Holländisch, Spanisch, Portugiesisch.

Tage- und Abendkurse.

Eintritt zu einzelnen Fächern am 1. jeden Monats.

Ausführliche Auskunft und Prospekte bereitwilligst
G.642 **Die Schulleitung.**

Badisches Landestheater.

Senntag, den 29. Juni 1919:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Anfang 5 Uhr

Städtisches Konzerthaus.

Samstag, 28. Juni, zum 1. Mal: **Frühlingsluft.**
Anfang 7 Uhr

Sonntag den 29. Juni 1919
nachmittags 2 Uhr: **Dreimäderhaus.**
abends 7 Uhr: **Frühlingsluft.**

Dienstag, 1. Juli: Frühlingsluft. 7 Uhr. — Mittwoch, 2. Juli: Dreimäderhaus. 7 Uhr. — Donnerstag, 3. Juli: Wo die Lerche singt. 7 Uhr. — Freitag, 4. Juli: Künstlerblut. 7 Uhr. — Samstag, 5. Juli, Uraufführung: Röslein auf der Heiden. 7 Uhr. — Sonntag, 6. Juli: Röslein auf der Heiden. 7 Uhr.

Soziale Frauenschule

des Bad. Frauenvereins in Karlsruhe

Zwei Jahreskurse mit wissenschaftlich theoretischem Unterricht und praktischer Anleitung zu sozialer Arbeit, sowie Abschlussprüfung. Beginn neuer Kurse: Zweite Hälfte September. Sägung und Auskunft durch die Leiterin, Fräulein Dr. Schend, Sofienstraße 39/41 oder den Badischen Frauenverein, Gartenstraße 49/51.
Der Vorstand.

Bis mancher drauf kommt,

daß **B. M. D. Kornpulverpatrone**

und **Expres** mit Plättchenpulver die besten Marken Deutschlands sind, hat er manchen vorbeigeschossen!! Stets in Originalfüllung vorrätig. G.270
Reinhold Andrée, Inh. W. Demand
Waffen- u. Munitionhandlung **Karlsruhe**, Waldstr. Gewehrfabrik in Suhl i. Thür.

Alttertümern

Ich kaufe zu angemess. Preisen: **Alttertümern** in jeder Art, **Porzellane**, insbesond. figurliche Darstellungen, wenn auch defekt, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturbildchen auf Elfenbein od. Porzellan, Goldschmuck alt. od. neu. Art, auch Drachgold. **Antiquitätenhandlung Arnold Fischl** Kaiserstr. 140, neben Moninger, Fernspr. 3166.

Dezimalwagen.

Leistungsfähiges Werk bietet konstruktiv durchgearbeitete **erstellte Dezimalbrückenwagen**, hergestellt als besondere Spezialität in Großfabrikation unter Verarbeitung nur besten Materials an und erbittet Anfragen unter G. 643 an Exped. der Karlsruh. Zeitung.

Badische Kleider-Klinik

30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) **Telephon 4120**
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. **Prompte Bedienung. Billige Preise.**
G.96 **WOLF AMSTOWSKI.**

Alttertümern

In **Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn** usw. kaufe ich zu hohen Preisen
Ant. u. Verkaufsgesellschaft Neukam,
Rammstr. 6 im Hof, Tel. 3546

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die polizeiliche Meldestelle betr.
Die polizeiliche Meldestelle, sowie das Paß- und Kundbüro sind künftighin für das Publikum geöffnet von 7/9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und von 1 Uhr bis 1/3 Uhr nachmittags, an Samstagen von 1/9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.
Karlsruhe, den 20. Juni 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion. D-3-203

Wilhelm Siegrist, Maurer in Blankenloch, wurde als Jagdhüter für den östlichen Teil der Gemarkung Blankenloch bestellt und als solcher heute vereidigt.
Karlsruhe, den 23. Juni 1919. R.944
Bezirksamt. D-3-204

Reichswehr

Gediente Mannschaften aller Waffen
Jahrgang 96 u. älter aller gutgefinnten Stände

Handwerker

stellt ein

gemischtes Detachement Bogts

Eiserne Estadron!

Geborsam

auf  zur

und Treu!

Fliegerkompanie wird infanteristisch

aufgestellt und

zunächst auch infanteristisch verwendet

übliche Bedingungen für Reichswehr!

Papiere und Uniformen mitbringen!

Meldungen Berlin

Kurfürstendamm 229

Es wollen sich nur Mannschaften melden, die von d. aufrichtigen Absicht, dem Vaterland zu dienen, ihre Verpflichtungen streng innezuhalten, befehl sind

unlautere Elemente werden wieder nach 14tägiger Probezeit entlassen

Eiserne Disziplin!

Garde-Kavallerie-Schützen-Korps

Berufsbürgermeisters

Die Stelle des **Berufsbürgermeisters** der Amtsstadt **Überlingen am Bodensee** ist infolge Zurücksetzung des bisherigen Bürgermeisters neu zu besetzen.

Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufs und der Gehaltsansprüche bis zum **14. Juli ds. Js.** anher einzureichen.

Dienstwohnung ist vorhanden. G.645
Überlingen, den 26. Juni 1919.
Der Gemeinderat.

Bürgermeisterstelle.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde **Kleinlaudenburg am Rhein** ist auf Grund der neuen Gemeindeordnung zu besetzen.

Geeignete Bewerber aus dem Verwaltungsdienst oder andere für einen solchen Posten befähigte Persönlichkeiten wollen ihre Eingabe unter Beifügung ihres Lebenslaufs, der Zeugnisse sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens den **10. Juli 1919** beim Gemeinderat einreichen. Nähere Auskunft über die Art der Aufgaben usw. erteilt das Bürgermeisteramt.

Kleinlaudenburg, den 25. Juni 1919
Der Gemeinderat: Fröhlich.

Zur Massen-Vertilgung der Feldmäuse

nur **„Millimors“**

Millimors ist billig. 1 Röhre für 1/2 bis 1 Morgen **M. 1.50.** In Drogerien und Apotheken erhältlich, wo nicht zu haben, durch uns direkt zu beziehen.
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium „Millimors“, Karlsruhe, Herrenstraße 15.

Am **1. Juli ds. Js.** kommt zum **Einrentarif der Nebenbahn Rodmühl-Dörzbach** (Kagfahrbahn) der Nachttag 5 zur Einführung. Die Gültigkeit des Nachttrags ist gemäß § 6 der Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Nähere Auskunft erteilt die Unterzeichnete.
Berlin, den 25. Juni 1919.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.



Zentralheizungen
Sanitäre Entwässerungs-Rohranlagen
Reparaturwerkstätte

Jul. Rößler, Ing.,
vorm. W. Kiby,
Herrnstr. 48 Fernspr. 517

Neue Kurse

Beginn **1. Juli**

F. Buck's

bekannteste **Spezial-Schule** für moderne

Handschrift
Flotter Briefstiel
Fehlerfr. Schreiben

Mark 15 bis 20 pro Fach.
Auswärts briefl.
Lessingstraße 78.

Brenn-Holz

Buchen u. Eichen, 3. Sweden der Kohlen, Forsten, Tannen (Anfeuerholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle: **Servigstraße 53**

Fr. Kempemann
Telephon 5206
Bronnholzgerei, Spalterei und Bänndelholzfabrik
Gaststätte der elektrischen Bahn am Schlachthof.

Mod. Langlehrbuch

mit vielen Abbildungen **M. 3.35.** Güter Ton und seine Eiten, Gesehntwert 5.50. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20. Bekämpfung der Schlichtheit 3.35. Die Kunst des Gefallens 6.40. Die beschränkte 3.20. Moderner Weg zur Ehe 3.35. Jede Dame ihre Freizeur 3.10. Traumbuch 2.65. Klavierchule 7.40. Violinchule 6.50. Zeichenschule 2. Schönheitschule 4. Privat- und Geschäftsbriefteller 5.50. Rechtschreibung Duden 6.50. Aufsatzchule 5.75. Fremdwörterbuch 5.75. Nichtig Deutsch 5.75. Englisch 5.75. Französisch 5.75. Italienisch 5.75. Böhmisch 5.75. Ungarisch 5.75. Polnisch 5.75. Russisch 5.75. Spanisch 5.75. Buchführung 5.75. Handelskorrespondenz 5.75. Stenographie 5.75. Bankwesen 5.75. Rechtsformularebuch 5.75. Melamelehbuch 5.75. Handbuch für Kaufleute 15.—. 1000 chem. techn. Rezepte zu Handelsartikeln 6. Gartenbuch 5.75. Schiffspreisgefröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 13.35. Gegen Radnahme 2. Schwarz & Co. Berlin A. C. 14 Annenstr. 24. G.324

Efenore geb. Schellenberger hier angeordnete Nachlassverwaltung ist aufgehoben.
Seidelberg, 22. Juni 1919.
Bad. Notariat I als Nachlassgericht.

Bericht-Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Aus den Erträgen des vom Jahre 1919 der in Verwaltung der Stadtgemeinde **Baden-Baden** stehenden Stiftung des am 13./25. Februar 1893 zu **St. Petersburg** verstorbenen Rentiers **Georg Julius Nikolaus Beer** aus **St. Petersburg** sind etwa **300 M.** verfügbar, welche an Abkommen der verstorbenen **Schwester** des Stifters, **Adelheid geborene Beer**, gewesene Ehefrau des **Dr. med. Samuel Wangenheim** zu **Miga** in **Livland**, sofern dieselben an einer badischen Universität ihre Studien machen, als Beihilfe gegeben werden sollen. Der verfügbare Betrag soll zu zwei Beihilfen Verwendung finden.

Soweit der erwähnte Betrag wegen Ausfalls der Beihilfe nicht in Anspruch genommen wird, muß die Hälfte davon an etwa sich meldende arme Angehörige der Familie des Stifters abgegeben werden. G.630.2.

Die Gesuche um Zuwendungen aus der Beer'schen Familienstiftung sind an den Stadtrat zu **Baden-Baden** zu richten und spätestens bis **10. Juli 1919** einzureichen. Denselben sind die amtliche Nachweise über die Zugehörigkeit zur Verwandtschaft des Stifters beizufügen.

Wenn auf Zuwendung nach Absatz 2 Anspruch gemacht werden soll, ist außerdem die Bedürftigkeit nachzuweisen.

Baden-Baden, den 24. Juni 1919.
Der Stadtrat.

Bauarbeiten.

Die Wasser- und Straßenbauinspektion **Waldbach** hat vergibt die Erd-, Beton-, Eisenbeton- und Pflasterarbeiten für den Neubau der **Dürrenbachbrücke** in **Badisch Rheinfelden**. M.919.2.

Die Bedingungenunterlagen sind auf dem Geschäftszimmer der Inspektion einzusehen, wo auch Angebotsvorbrude erhältlich sind. Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Dürrenbachbrücke“, längstens bis **Montag, den 14. Juli ds. Js.** anher einreichen. G.646

Überlingen, **26. Juni 1919.**
Der Gemeinderat.

Bürgerl. Rechtspflege

a. **Streitige Gerichtsbarkeit.**

M.906.2 **Mannheim.**
Schneidemeister **Georg Hagenbühler** in **Mannheim**, N 3, 3, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt **Anton Mayer** in **Mannheim**, klagt gegen den **Wag Wagt, Seilkundiger**, früher in **Mannheim**, Q 4, 1, jetzt unbekanntem Aufenthalts, unter der Behauptung, daß der Beklagte ihm für gefertigte Schneiderarbeiten restlich **56,50 M.** schulde, mit dem Antrag auf kostenfällige Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von **56,50 M.** nebst 4 Prozent Zins hieraus seit **1. Januar 1915** und das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht hier **Abt. 3, 9, 2. Stod, Zimmer 114**, auf **Donnerstag, den 25. September 1919, vormittags 9 Uhr**, geladen. **Mannheim, 23. Juni 1919.**
Der Gerichtsschreiber des **Bad. Amtsgerichts 3. 9.**

M.947. **Seidelberg.** Die unterm **31. Juli 1916** über den Nachlaß der **Holzhandwerker Jakob Averte, Witwe**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**

der **Bad. Staatseisenbahnen.**